

Eine Rohstoffpolitik wie keine andere

Die EU kann weder den chinesischen noch den amerikanischen Ansatz kopieren. Ein europäisches Angebot muss Versorgungssicherheit, faire Wertschöpfung und Nachhaltigkeit sorgsam aubalancieren.

Von Annalena Brokering, Bertram Lang und Emil Schenkyr

Mineralische und metallische Rohstoffe wie Lithium, Kupfer und Seltene Erden sowie klimafreundliche Energieträger wie grüner Wasserstoff sind entscheidend für die Energiewende und die digitale Transformation. Der geopolitische Wettbewerb um den Zugang zu diesen als „kritisch“ eingestuften Ressourcen sowie das wirtschaftliche Potenzial von Energiewende-Technologien haben in Europa in den vergangenen Jahren zu einer deutlich aktiveren Rohstoff- und Industriepolitik geführt. Diese zielt unter anderem darauf ab, Rohstoffabbau und industrielle Produktionskapazitäten in Europa hochzufahren.

Doch in zentralen Bereichen bleibt Europa auf den Zugang zu kritischen Rohstoffen und Komponenten aus anderen Weltregionen angewiesen. Gleichzeitig durchlaufen globale Wertschöpfungsketten tiefgreifende Veränderungen. Zum einen sind heute andere Rohstoffe und Technologien gefragt als noch vor 20 Jahren. Zum anderen wird der freie Handel durch geopolitisch motivierte Entscheidungen – vor allem in den USA und China – immer weiter eingeschränkt. Unter diesen Bedingungen muss Europa seine Beziehungen zu Ländern des sogenannten Globalen Südens, in denen viele kritische Rohstoffe vorkommen und abgebaut werden, grundlegend neu ausrichten.

Einerseits kann diese neue Abhängigkeit Europa den legitimen Forderungen aus dem Globalen Süden nach einer Neujustierung globaler Handelsbeziehungen Auftrieb geben. Denn die EU ist gezwungen, die Grundprinzipien ihrer Entwicklungs-, Handels- und Industriepolitik zu überdenken, um Regierungen in Partnerländern glaubhafte Angebote machen zu können. Andererseits birgt der globale Rohstoffwettbewerb die Gefahr, dass alte industrie- und geopolitische Reflexe fortgesetzt oder wiederbelebt werden. Frühere Rohstoffbooms haben gezeigt, wohin das führen kann: extraktivistische Entwicklungsmodelle, Selbstbereicherung lokaler Eliten sowie von Großmächten angeheizte Verteilungskonflikte und Bürgerkriege in ressourcenreichen Regionen. Vor diesem Hintergrund warnte UN-Generalsekretär António Guterres 2024 auf dem Weltklimagipfel vor einer neuen „stampede

of greed“ – einem rücksichtslosen Wettlauf um kritische Rohstoffe, der zulasten von Umwelt und marginalisierten Gemeinschaften geht, insbesondere im Globalen Süden.

Die europäische Rohstoffpolitik bewegt sich somit in einem Spannungsfeld zwischen drei zentralen Anliegen: Sie soll erstens die Versorgungssicherheit in Europa gewährleisten, zweitens faire Wertschöpfung in Ländern des Globalen Südens fördern, und drittens soziale und ökologische Nachhaltigkeitsziele berücksichtigen. Zwar ist jedes dieser Ziele im aktuellen politischen Diskurs für sich genommen präsent, doch für eine effektive und faire europäische Rohstoffpolitik müssen sie zusammengedacht und nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Europäische Versorgungssicherheit

Mit dem Critical Raw Materials Act (CRMA) hat die EU im März 2024 den grundlegenden Rechts- und Handlungsrahmen ihrer Rohstoffpolitik festgelegt. Das Gesetz bezieht sich auf Rohstoffe, die „von großer wirtschaftlicher Bedeutung für die EU“ sind und bei denen „ein hohes Risiko von Versorgungsunterbrechungen“ besteht. Aus dieser Definition wird deutlich, dass strategische Autonomie in der Rohstoffversorgung für die EU ein Leitmotiv ist. Mit dem CRMA soll der europäische Rohstoffbezug diversifiziert werden – eine politische Lehre aus der Abhängigkeit von russischem Gas und eine Reaktion auf den weltweit erstarkenden Protektionismus.

Maximal 65 Prozent des jährlichen Bedarfs an einem strategischen Rohstoff in jedem relevanten Verarbeitungsstadium sollen aus einem einzigen

Nicht-EU-Land bezogen werden. Dies zielt vor allem auf eine Diversifizierung des Bezugs verarbeiteter Rohstoffe aus China ab, wo aktuell durchschnittlich mehr als 70 Prozent der globalen Weiterverarbeitung kritischer Energiewende-Rohstoffe erfolgt. Hierzu vereinbart die EU strategische Rohstoffpartnerschaften, bisher u.a. mit Namibia, Sambia, der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo), Chile, Argentinien und Kasachstan. Außerdem hat Brüssel erste „strategische Projekte“ identifiziert, die besondere Unterstützung erhalten sollen, einige davon in Nicht-EU-Staaten.

Faire Wertschöpfung im Globalen Süden

Dies führt zum zweiten bestimmenden Faktor für die europäische Rohstoffpolitik: Rohstoffproduzierende Länder des Globalen Südens fordern einen fairen Anteil an der Wertschöpfung, die entlang globaler Produktionsketten – vom Rohstoffabbau bis zum fertigen Endprodukt – entsteht. Dahinter steht die Ambition, über den bloßen Abbau hinaus auch nachgelagerte Produktionsstufen wie die industrielle Verarbeitung der Rohstoffe oder die Fertigung von Komponenten im eigenen Land aufzubauen. Ziel ist es, die eigene Volkswirtschaft breiter aufzustellen, neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Abhängigkeit von Rohstoffexporten zu reduzieren.

In der im Februar 2025 von der Afrikanischen Union (AU) veröffentlichten African Green Minerals Strategy heißt es etwa: „Afrika muss die Gelegenheit nutzen, um seine Batterieindustrie, die Lieferketten für Elektrofahrzeuge und die Infrastruktur für erneuerbare Energien auszubauen.“ Auch nationale Initiativen wie Chiles Lithium-Strategie oder die Absichtserklärungen der DR Kongo und Sambias zum Aufbau einer regionalen Batterielieferkette verdeutlichen den Anspruch dieser Länder, künftig mehr als nur Rohstofflieferanten zu sein. Als „kritisch“ oder „strategisch“ gelten hier jene Rohstoffe, von denen erwartet wird, dass sie zur industriellen Entwicklung des Landes und damit zur Steigerung des Wohlstands beitragen.

Um in der Wertschöpfungskette wirklich aufzusteigen und neue Industriezweige zu entwickeln, sind Länder des Globalen Südens jedoch meist auf

Die EU muss die Grundprinzipien ihrer Entwicklungs-, Handels- und Industriepolitik überdenken

Kooperationen mit Partnern angewiesen, die über das notwendige Know-how, die Technologien und das Kapital für den Aufbau entsprechender Produktionskapazitäten verfügen. Dass sich die EU als ein solcher Partner versteht, verdeutlicht insbesondere ihre Global-Gateway-Strategie: Bis 2027 sollen im Rahmen dieser Initiative bis zu 300 Milliarden Euro für „globale Infrastrukturpartnerschaften“ mobilisiert werden. Zu den von der EU identifizierten Leuchtturmprojekten zählen etwa die Bauxitförderung und -verarbeitung in Ghana, die Produktion von „grünem“ Ammoniak in Marokko, Argentinien und Namibia sowie die Unterstützung beim Aufbau nachhaltiger Lithium-Wertschöpfungsketten in Südamerika.

Von europäischer Seite ist im Zusammenhang mit Global Gateway oft von „Win-win-Partnerschaften“ die Rede. Jenseits dieser Rhetorik sollten jedoch auch mögliche Zielkonflikte stärker thematisiert werden – etwa dann, wenn wirtschaftspolitische Ambitionen von Ländern des Globalen Südens mit Europas Streben nach Versorgungssicherheit oder mit privatwirtschaftlichen Gewinninteressen kollidieren.

Gute Standards für nachhaltige Entwicklung

Zielkonflikte können auch dann entstehen, wenn wirtschaftliche auf soziale oder ökologische Interessen treffen. Im Bergbausektor zeigt sich dies besonders deutlich: In Abbauländern werden Sozial- und Umweltauflagen bewusst niedrig gehalten, nicht umgesetzt oder durch Korruption zwischen lokalen Eliten und internationalen Investoren systematisch umgangen. Auch die industriepolitischen Interessen Europas und die Entwicklungsziele vieler Partnerländer lassen sich häufig nur schwer mit den UN-Nachhaltigkeitszielen in Einklang bringen, etwa der Sicherung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen, dem Schutz der Biodiversität oder dem Recht auf sauberes Trinkwasser.

Im CRMA werden Umwelt- und Sozialstandards zwar erwähnt. Gleichzeitig ist davon die Rede, Genehmigungsverfahren für neue Rohstoffprojekte drastisch zu beschleunigen. Dies erhöht den Druck, Berichts- und Rechenschaftspflichten für multinati-

onale Unternehmen weiter abzuschwächen. Europa steht vor einem Dilemma: Eine „grüne“ Energiewende auf Kosten ökologischer und sozialer Nachhaltigkeitsziele könnte für die EU und die von ihr postulierten „europäischen Werte“ kaum als Erfolg gewertet werden. Andererseits droht ein Szenario, in dem Europa wirtschaftlich den Anschluss verliert und mangels konkreter Investitionsangebote und attraktiver Handelsperspektiven nicht mehr als relevanter Partner wahrgenommen wird. Dieser Bedeutungsverlust würde sich wiederum negativ auf den europäischen Einfluss bei den Themen Menschenrechte und Umweltschutz auswirken, was ebenfalls nicht im Interesse der EU sein dürfte.

Das Spannungsfeld, in dem sich die europäische Rohstoffpolitik bewegt, ist damit klar umrissen. Im Folgenden sollen die unterschiedlichen Interessen, ihre Gewichtung in einzelnen Partnerschaften und Projekten sowie die damit einhergehenden Herausforderungen und Zielkonflikte anhand konkreter Praxisbeispiele beleuchtet werden.

Global Gateway: eine Strategie mit Schwächen

Ein anschaulicher Fall ist etwa die strategische Partnerschaft zwischen Namibia und der EU für nachhaltige Rohstoffe und grünen Wasserstoff. Sie offenbart das oben skizzierte Spannungsfeld der europäischen Rohstoffpolitik und zeigt, wo die Global-Gateway-Strategie neu ausgerichtet werden muss. Im November 2022 unterzeichneten beide Partner eine Absichtserklärung, ein Jahr darauf folgte ein praktischer Fahrplan mit konkreten Maßnahmen. Durch öffentlich-private Partnerschaften sollen private Investitionen in Projekte zur Produktion von grünem Wasserstoff angeregt werden. Außerdem investiert der namibische Staat selbst in einzelne

*Korruptionsrisiken
finden in aktuellen
Debatten viel zu wenig
Beachtung*

Von der EU geförderte Wasserstoffprojekte – wie dieses in der namibischen Hafenstadt Walvis Bay – werden vor Ort mit großen Erwartungen verbunden. Voraussetzung für den Erfolg sind verlässliche Rahmenbedingungen aus Brüssel.



Projekte, finanziert durch einen Kredit der Europäischen Investitionsbank (EIB).

Die derzeit größte Herausforderung der Projekte vor Ort sind jedoch die fehlenden Absatzmöglichkeiten für den zu produzierenden grünen Wasserstoff und dessen Derivate. Zu groß ist der Preisunterschied zwischen grauem und dem klimafreundlichen grünen Wasserstoff, der durch den Verbrauch von Strom aus erneuerbaren Energien hergestellt wird. Entsprechend gering sind die Anreize für langfristige Abnahmeverträge. Versuche, einen Absatzmarkt zu schaffen, scheitern bislang an mangelnder ressortübergreifender Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Kommission und – wahrscheinlich noch wichtiger – an unterschiedlich gelagerten Interessen der EU-Mitgliedstaaten.

Hierin zeigt sich ein grundlegendes Problem der EU-Strategie: Das Ziel, Zugang zu nachhaltigen Energiequellen zu schaffen, ist klar benannt, doch bei der Umsetzung fehlt ein ganzheitlicher Ansatz. Für die Partnerstaaten hat das Auswirkungen, die über einzelne Projekte hinausgehen. Beispiel Namibia: Das Land hat durch die kreditfinanzierte Beteiligung an den Projekten auf deren Erfolg gesetzt. Im Falle eines Misserfolgs wäre die Rückzahlung der Kredite eine große finanzielle Herausforderung. Es besteht die Gefahr, dass durch gezielte Investitionen in Rohstoffprojekte in Drittländern – gewollt oder ungewollt – einseitige Abhängigkeiten zwi-

schen der EU und Staaten des Globalen Südens entstehen.

In Namibia verbinden viele Menschen – ob in Ministerien, der Wirtschaft oder der Zivilgesellschaft – das europäische Engagement mit der Hoffnung auf nachhaltiges Wirtschaftswachstum, bessere Bildungschancen, mehr Arbeitsplätze und modernere Infrastruktur. Zugleich wird kritisiert, dass die Wasserstoffprojekte zentrale entwicklungspolitische Herausforderungen nur begrenzt adressieren können. So sind weniger als 60 Prozent der namibischen Bevölkerung an die Stromversorgung angeschlossen. Zwar sollen die geplanten Solar- und Windparks für die Produktion von grünem Wasserstoff auch Strom in das öffentliche Stromnetz einspeisen, wodurch der Anteil erneuerbarer Elektrizität steigt und die Abhängigkeit von Stromimporten sinkt. Haushalte ohne Zugang zu Elektrizität profitieren davon allerdings nicht. Damit sich dies ändert, wären weitere Investitionen in den Netzausbau und Anschlüsse erforderlich.

In Namibia wird erwartet, dass die EU ihre entwicklungs- und industriepolitischen Interessen klarer priorisiert, damit vor Ort informierte Entscheidungen auf Basis verlässlicher Rahmenbedingungen getroffen werden können. Soll die Global-Gateway-Strategie zum Erfolg führen, müssen Lieferketten künftig noch ganzheitlicher betrachtet werden – von der Produktion bis zum Absatz. Die

Bereitschaft der EU, selbst mehr zu investieren, ist ein weiterer wichtiger Schritt. So sieht der aktuelle Vorschlag für den EU-Haushalt 2028 bis 2034 vor, ein neues Finanzinstrument mit einem Volumen von 200 Milliarden Euro einzuführen, das auch Global Gateway vorantreiben soll. Darüber hinaus muss die EU praktikable Lösungen finden, um die mangelnde Kohärenz innerhalb der EU sowie in den einzelnen Mitgliedstaaten zu überwinden. Dies ist die Grundlage, um zumindest Teile der Ziele der Global-Gateway-Strategie zu erreichen.

„Value Addition“ als Antwort?

Für rohstoffreiche Länder, die strategische Partnerschaften mit der EU eingehen, steht ein Anliegen ganz oben auf der Prioritätenliste: Sie wollen Rohstoffe nicht nur abbauen und unverarbeitet exportieren, sondern stärker an den nachgelagerten Stufen der Wertschöpfung beteiligt sein. Diese sogenannten „Value-Addition“-Ambitionen finden sich in Partnerschaftsabkommen sowie in regionalen und länderspezifischen Strategien wieder. Dadurch werden in diesen Ländern Hoffnungen auf Entwicklungsmöglichkeiten geweckt, denen die gesamtwirtschaftliche Realität oft nicht gerecht wird.

Der Aufbau weiterverarbeitender und industrieller Produktion ist komplex und setzt die Erfüllung verschiedener Standortfaktoren voraus. Entscheidend ist die Wirtschaftlichkeit der Produktion, damit Produkte überhaupt Absatz finden. Ist ein Projekt nicht rentabel, wird es keine Investitionen anziehen. Gleichzeitig sollte staatliches Engagement zum Aufbau neuer Industriezweige vorab auch auf die gesamtgesellschaftlichen Vor- und Nachteile geprüft werden, die eine Umsetzung nach sich zöge.

Doch nicht immer sind solche evidenzbasierten Debatten politisch gewünscht, denn negative Bewertungen können dazu führen, dass sich Wertschöpfungsambitionen zumindest kurzfristig nicht realisieren lassen. Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft zeigen: Ergebnisoffene Diskussionen zum Thema Wertschöpfung gestalten sich angesichts der hohen, politisch motivierten Erwartungen oft schwierig.



Über den Abbau hinaus: Damit rohstoffreiche Länder wie die DR Kongo stärker von ihren Bodenschätzen profitieren können, braucht es Investitionen in die lokale verarbeitende Industrie.

Zivilgesellschaftliche Organisationen leisten einen wichtigen Beitrag, indem sie von der Politik Analysen zur Profitabilität und zu den gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen einzelner Projekte einfordern und häufig auch eigene Studien in die Debatte einbringen. Gleichzeitig laufen sie jedoch Gefahr, als „Ambition Killer“ wahrgenommen zu werden. Es ist ein Balanceakt zwischen einer ehrlichen, evidenzbasierten Auseinandersetzung mit einzelnen Investitionsvorhaben einerseits und der politischen Unterstützung legitimer wirtschaftlicher Entwicklungsambitionen andererseits. Europäische Akteure können diesen Prozess unterstützen, indem sie Regierungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in rohstoffreichen Ländern kurzfristig Mittel für Wirtschaftlichkeitsanalysen bereitstellen.

Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass die europäische Rohstoffpolitik nicht immer mit den „Value-Addition“-Ambitionen rohstoffreicher Länder im Einklang steht. Ein Vergleich der Wertschöpfungsstrategien von Ländern mit hohem Einkommen und solchen mit mittlerem oder geringem

Einkommen zeigt, dass alle Ländergruppen bestrebt sind, Industrien aufzubauen oder weiterzuentwickeln, die von der grünen und digitalen Transformation profitieren. Konkret bedeutet das: Die Pläne der DR Kongo und Sambias, eine Produktion für Batteriekomponenten aufzubauen, stehen in unmittelbarer Konkurrenz zur europäischen Rohstoff- und Industriepolitik, die den Aufbau einer europäischen Batterieproduktion fördert.

Die industriepolitischen Instrumente, die den verschiedenen Ländern dabei zur Verfügung stehen, unterscheiden sich allerdings erheblich. Zum einen liegt das an den unterschiedlichen Entwicklungsständen der Volkswirtschaften, zum anderen am ungleichen Zugang zu finanziellen Mitteln. Während Industrieländer und China vermehrt auf Subventionen setzen, um Investitionen in industrielle Produktionsstätten anzuziehen, können ärmere Länder meist nur auf restriktive Maßnahmen zurückgreifen. So gelten in der DR Kongo etwa Exportbeschränkungen für unverarbeitetes Kobalt. Es ist jedoch sehr unwahrscheinlich, dass solche Maßnahmen ausreichende Anreize für Investitionen in die lokale verarbeitende Industrie bieten. Eine Ausnahme bildet Indonesien, das aufgrund seiner marktbeherrschenden Stellung in der Nickelproduktion auch mit restriktiven Instrumenten einen erfolgreichen Kurs fährt.

Damit Europa sein Versprechen halten kann, durch Rohstoffpartnerschaften faire Wertschöpfung in rohstoffreichen Ländern des Globalen Südens zu fördern, müssen bestehende Maßnahmen überdacht werden, die die Ambitionen der Partnerländer konterkarieren. Symbolische Unterstützung

Die europäische Rohstoffpolitik steht nicht immer im Einklang mit den Ambitionen rohstoffreicher Länder

und politische Rhetorik reichen nicht aus – es braucht finanzielle Investitionen, Marktöffnungen und den ernsthaften Willen, Industriepolitik global zu denken. Nur so lassen sich gerechtere Lieferketten und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in rohstoffreichen Ländern erreichen.

Gute Rohstoff-Governance im Eigeninteresse

Oft scheitern sinnvolle wirtschaftspolitische Maßnahmen und förderwürdige Projekte in rohstoffreichen Ländern nicht an Ideen, sondern an fehlenden institutionellen Mechanismen, die sicherstellen, dass Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger wirklich im Interesse ihrer Gesellschaften und unter Berücksichtigung lokaler Gemeinschaften handeln. Dass Korruption die Umsetzung von Entwicklungspolitik untergräbt und eine wesentliche Ursache des viel beschworenen Ressourcenfluchs darstellt, ist hinlänglich bekannt, findet aber in aktuellen Debatten viel zu wenig Beachtung.

Der steigende globale Bedarf an kritischen Rohstoffen erhöht auch die Möglichkeiten für lokale Eliten, sich etwa in Planungs- und Genehmigungsprozessen für neue Bergbauprojekte zu bereichern. Viel zu oft verlieren Länder Souveränität über ihren Rohstoffreichtum, weil kleine Machtzirkel intransparente, langfristige Abnahmeverträge mit ausländischen Investoren schließen. Nachdem nicht zuletzt chinesische Unternehmen sich so in vielen Ländern langfristige Zugänge zu kritischen Rohstoffen wie Kobalt, Kupfer oder Lithium sichern konnten, versuchen die USA unter Donald Trump nun ähnliche politische „Deals“ mit Sicherheitszusagen zu verknüpfen. Dies erleichtert es korrupten Eliten, noch höhere Zahlungen – sogenannte „Kickbacks“ – für oft einseitig zugunsten der Abnahmeländer gestaltete Verträge einzustreichen. So werden Wege zur nachhaltigen und inklusiven Wertschöpfung verbaut.

Zivilgesellschaftliche Watchdog-Organisationen wie die Zimbabwe Environmental Law Association oder Southern Africa Resource Watch fungieren oftmals als die einzigen unabhängigen Kontrollinstanzen vor Ort. Sie verfügen über unerlässliches

lokales Wissen und haben das Potenzial, Investoren aus OECD-Staaten ebenso wie jene aus China direkt zur Rechenschaft zu ziehen. Voraussetzung hierfür ist jedoch verpflichtende Transparenz, etwa durch Veröffentlichung und Kontrolle von Unternehmensdaten und Zahlungsflüssen zwischen Investoren und Regierungsakteuren, wie sie von der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) vorgeschrieben werden.

Dass viele dieser zivilgesellschaftlichen Initiativen, die lokale Eliten und multinationale Unternehmen kontrollieren, Anfang 2025 durch die Zerschlagung der US-Entwicklungsbehörde USAID in eine existenzielle Krise gestürzt wurden, bringt Europa in eine weitere Zwickmühle: Einerseits sind neue Mittel notwendig, um wichtige Initiativen am Leben zu erhalten, andererseits können auch einseitige finanzielle Abhängigkeiten von europäischen Förderinstrumenten problematisch sein.

„Good-Governance“-Mechanismen dürfen auch nicht allein auf Förderländer abgewälzt werden, sondern müssen gesamte Lieferketten umfassen. Aktuelle Arbeiten des Intergovernmental Forum on Mining, Minerals, Metals and Sustainable Development (IGF) zeigen, dass trotz der bestehenden Herausforderungen in der internationalen Zusammenarbeit in vielen Förderländern ein Interesse besteht, globale Standards besser mit nationalen Sozial- und Umweltgesetzen zu verbinden. Einige nationale Gesetze in Förderländern sowie die ESG-Standards der Londoner Metallbörse nehmen Bezug auf den freiwilligen OECD-Leitfaden zu Sorgfaltspflichten für Konfliktminerale – wodurch dieser in vielen Kontexten bereits Verbindlichkeit erlangt hat. Es liegt im ureigenen europäischen Interesse, die Verschärfung und konsequentere Durchsetzung verbindlicher Rechtsnormen in der Förderung und im Abbau von Rohstoffen aktiv zu unterstützen, um über freiwillige Selbstverpflichtungen und europäische Lieferkettengesetze hinaus gleiche Wettbewerbsbedingungen für Investoren aus Europa, China oder den USA zu schaffen.

Viele freiwillige Industriestandards im Bergbau stoßen im Globalen Süden auf Kritik, da sie ohne lokale Mitsprache entwickelt und von einer

eigenen, oft selbst intransparenten Audit-Industrie umgesetzt werden. Eine effektive Implementierung der 2024 vom UN-Gremium für kritische Mineralien der Energiewende formulierten Empfehlungen wäre daher umso wichtiger, insbesondere was die Entwicklung eines globalen Rahmens für Rückverfolgbarkeit, Transparenz und Rechenschaftspflichten betrifft. Der aufgrund der aktuellen Krise der Vereinten Nationen stockende Umsetzungsprozess kann nur durch glaubhafte europäische Unterstützung in Kooperation mit wichtigen Förderländern wieder in Gang gebracht werden.

Doch Europa riskiert seinen Einfluss, wenn es – teils noch vor Inkrafttreten – eigene ambitionierte Gesetze zur Unternehmensverantwortung wieder abschwächt und infrage stellt. Stattdessen sollte es berechnete Kritik aus Abbauländern, beispielsweise am Outsourcing von Sorgfaltspflichten durch multinationale Unternehmen, ernst nehmen und kooperative Ansätze fördern, etwa zur graduellen Verbesserung der Arbeitsbedingungen in kongolesischen Kupfer- und Kobaltminen anstelle eines punktuellen Rückzugs aus Hochrisikogebieten. Hier zeigt sich das Spannungsfeld zwischen geopolitischen Interessen und „grüner Industriepolitik“ – und die Notwendigkeit, sowohl staatliche als auch regierungsferne Perspektiven des



Annalena Brokering

widmet sich in ihrem Kolleg-Jahr der Frage, wie rohstoffreiche Länder einen höheren Anteil an der Wertschöpfung in Rohstofflieferketten realisieren können. Zu dieser Frage arbeitete sie mit dem Natural Resource Governance Institute (NRGI) im Vereinigten Königreich und im Senegal zusammen.

Globalen Südens stärker in europäische Debatten einzubringen.

Ein sorgsam ausbalanciertes Angebot

Die Gesamtschau dieser Praxisbeispiele zeigt, dass simple Thesen und vermeintlich einfache Lösungswege in dieser zentralen Frage für Europas nachhaltige Zukunft fehl am Platz sind. Zu vielschichtig ist jede einzelne der aufgezeigten Dimensionen, und zu komplex ihr Zusammenspiel und die Vielzahl der staatlichen, privaten und zivilgesellschaftlichen Akteure, die die Rohstofflieferketten mit eigenen Partikularinteressen aktiv gestalten.

Die Frage, wer am Ende wirklich von Ressourcenreichtum profitiert und wer die Kosten des intensivierten Abbaus endlicher Rohstoffe trägt, stellt sich auf zwei Ebenen: Auf internationaler Ebene werden europäische Länder – gerade im Vergleich zu China – in vielen Abbauländern als schwache Partner mit relativ geringen Angeboten wahrgenommen. Hier gilt es, bestehende Initiativen wirtschaftlich schlagkräftiger zu machen und sie besser zu kommunizieren. Auf gesellschaftlicher Ebene, insbesondere in Ländern mit einer aktiven Zivilgesellschaft, die über Handlungsmacht und Expertise in Bezug auf sozial- und umweltverträglicheren Bergbau verfügt, stellt sich die Lage jedoch

anders dar. Gerade in diesem Bereich droht die EU – im Namen der geopolitischen Wettbewerbsfähigkeit – aktuell eines ihrer wenigen Alleinstellungsmerkmale aufzugeben: ihre Regulierungsmacht. Zivilgesellschaftliche Organisationen aus unterschiedlichsten Ländern – von der DR Kongo über Bolivien bis hin zu China – setzen auf höhere europäische Standards als wichtigen Anreiz für positive Veränderungen, lokal und schließlich auch auf globaler Ebene durch verbindliche multilaterale Governance-Mechanismen.

Die Europäische Union kann weder die amerikanische noch die chinesische Rohstoffpolitik kopieren. Europa verfügt nicht über die militärische Macht der USA, um „Minerals for Security“-Abkommen durchzusetzen. Und auch das chinesische „Infrastruktur für Ressourcenzugang“-Modell sowie das hohe Tempo chinesischer Investitionsprojekte in rohstoffreichen Ländern lassen sich nicht imitieren. Stattdessen sollte ein europäisches Angebot an ressourcenreiche Partnerländer sorgsam ausbalanciert sein. Angesichts der inzwischen weit verbreiteten Wahrnehmung von Europa als schwachem Partner mit unklarem Interessenprofil ist eine besser abgestimmte und deutlicher kommunizierte Politik zwischen EU-Ebene und Mitgliedstaaten dringender denn je geboten.



Dr. Bertram Lang

beschäftigt sich mit der Frage, wie Governance-Mechanismen in Abbau und Wertschöpfungsketten kritischer Rohstoffe gestärkt werden können. Er war beim Intergovernmental Forum on Mining, Minerals, Metals and Sustainable Development (IGF) in Genf und Ottawa sowie bei der OECD in Paris tätig.



Emil Schenkyr

befasst sich in seinem Kolleg-Jahr mit der Frage, wie mithilfe der Global-Gateway-Strategie sowohl entwicklungs-, industrie- als auch sicherheitspolitische Ziele erreicht werden können. Er verbrachte eine Station in Namibia beim von der EU unterstützten Projekt Hyphen Hydrogen Energy.